

*Der schweizerische Gesandte in Tokio, F. Salis, an den Bundespräsidenten  
und Vorsteher des Politischen Departementes, L. Forrer*

PB

Tokio, 6. Juli 1912

Seit meinem Bericht vom 24. Februar l. J.<sup>1</sup>, ist die Lage in *China* dieselbe geblieben, mit anderen Worten, die Schwierigkeiten haben sich bis jetzt nicht über das Mass des Erwarteten gesteigert. Man spricht von einer reaktionären Bewegung die auf den Herbst im Norden einsetzen soll, von Volkserhebungen im Süden zum Zwecke der Lostrennung der dortigen Provinzen unter der Leitung der stets frondirenden Cantonesen; die Anleihensfrage im besonderen bietet die grössten Hindernisse; die Banken und Grossmächte verlangen gehörige Garantien und das Recht, die Finanzen bis zu einem gewissen Grade zu kontrollieren; das Volk in *China* will einerseits von dieser Einmischung des Fremden nichts wissen, während es andererseits ausgeschlossen ist, dasselbe ohne Geldmittel im Zaum zu halten; man bewegt sich in einem Kreis ohne Ende. Die Gesundheit Yuan-Shi-Kais soll unter der Last der Arbeit und unter den beständigen Sorgen sehr gelitten haben.

Die Kollegen, die von Peking hierher kommen, sehen wenig zuversichtlich in die nächste Zukunft; dagegen sind sie Alle äusserst optimistisch gestimmt hinsichtlich der Entwicklung des Handels.

Dänemark hat soeben eine Vertretung mit Doppelposten in Peking und Tokio geschaffen; der neue Gesandte – Graf Ahlefeldt, ein Neffe des derzeitigen dänischen Ministers des Äussern und früheren Leg. Rath und Gesandten in London und Wien – wird für gewöhnlich in Peking residiren und nur vorübergehend hier sein, was übrigens, binnen einigen Jahren, für sämtliche in den gleichen Verhältnissen, d. h. im besonderen für Handelszwecke geschaffenen Posten, der Fall sein dürfte: in *China* wird für die nächsten 50 Jahre den Fremden ein unermessliches Arbeitsfeld offen liegen, in *Japan* sind diese Zeiten bereits vorüber und der Konkurrenzkampf derselbe wie in jedem andern schutzzöllnerischen Lande. Dänemark, wie Schweden, Belgien und Holland, sind alles kleine Staaten ohne nennenswerthe Flottenmacht, dennoch besitzen alle vier ihre diplomatischen Vertretungen in *China*.

---

1. Nicht ermittelt.

9. AUGUST 1912

701

Die Konsulargerichtsbarkeit allerdings ist eine Schwierigkeit, die uns im Wege steht; dieselbe scheint mir jedoch nicht unüberbrückbar und diese Frage sollte um so rascher ernstlich geprüft werden, als alle Anzeichen dafür vorliegen, dass die chinesische Gesetzgebung und Rechtssprechung nicht vor 10–20 Jahren genügend vorangeschritten sein wird, um die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit berechtigterweise beanspruchen zu dürfen. 10–20 Jahre zuwarten hiesse aber die wertvollste Zeit für unseren Handel verloren gehen lassen. Weshalb sollte es nicht möglich sein mit England und Deutschland eine Vereinbarung zu treffen, wonach die wenigen, den gerichtlichen Weg gehenden Streitigkeiten, wobei schweizerische Angehörige in Frage kommen, der Konsulargerichtsbarkeit dieser Länder unterstellt würden? Es ist nicht einzusehen, was einer derartigen Lösung der Frage im Wege stehen sollte, denn China wird neue Verträge mit Konsulargerichtsbarkeit nicht mehr eingehen wollen, während andererseits die genannten Mächte stets mit dem grössten Entgegenkommen die Interessen unserer Landsleute gewahrt haben.

Unsere Kolonien in Shanghai und Tientsin sind einer dipl. Vertretung in Peking bis jetzt wenig günstig gestimmt; sie ziehen es vor unter dem Schutz einer Grossmacht zu stehen. Herr Loup, der Präsident des schweiz. Hilfsvereins in Tientsin, mit dem ich ganz zufällig wegen Ankauf von Porzellan in Verbindung kam, schreibt mir, seine Firma, Vrad & Co., sei seit 1860 etablirt und er lebe seit 30 Jahren in China und spreche chinesisch; eine diplomatische Vertretung, meint er, sei völlig zwecklos für ein kleines Land wie die Schweiz; er widerspricht sich jedoch, indem er später bemerkt: «une représentation diplomatique entrainerait le Gouvernement suisse à des dépenses considérables, mais par la suite elle pourrait rendre de grands services.» Unsere Landsleute vergessen, dass mit dem Sturz des Kaiserreichs, die Verhältnisse andere geworden sind und dass, was bisher gegen eine kleine, neutrale Republik sprach, jetzt eben zu ihren Gunsten spricht. Diese Ansicht äusserte auch unserem Landsmann, einem Herrn Wälchli gegenüber, Sun-Ya-Tsen, der gewesene Präsident der republikanischen Regierung in Nanking. Herr Wälchli, der nunmehr von Manila definitiv in die Schweiz zurückgekehrt ist, besuchte Sun-Ya-Tsen und dieser sprach ihm bei diesem Anlass sein Bedauern aus, dass die Schweiz keine diplomatische Vertretung in China besitze, da dieselbe unter den neuen Verhältnissen beidseitig gute Dienste zu leisten vermöchte.